

FREIHEIT FÜR HAVEMANN, BAHRO u. die anderen POLIT. GEFANGENEN i.d. DDR! Bericht über eine GEW- u. JUSO DELEGATION nach BONN und OSTBERLIN

Die Delegation, die auf den folgenden Seiten dokumentiert wird, hat sowohl in Bonn als auch in Ostberlin die Erfahrung gemacht, daß solche Delegationen und Proteste von Gewerkschaften und SPD, die DDR-Behörden verunsichern und politischen Druck ausüben können; dies umso mehr, als die Führung der DDR sich zur Rechtfertigung ihrer Herrschaftsausübung stets auf die Arbeiterschaft und ihre Organisationen bezieht.

Gerade deswegen stellen gewerkschaftliche und sozialdemokratische Aktionen für die politischen Gefangenen und Unterdrückten in der DDR den besten Schutz dar. Freilassung und Freiheit für die politischen Gefangenen darf nicht durch Menschenhandel, sondern muß durch politische Aktionen erreicht werden.

Dieser Verantwortung müssen die Einzelgewerkschaften, der DGB, die SPD und ihre Untergliederungen jetzt verstärkt nachkommen; durch:

- Unterschriftensammlungen
- Verschickung von Telegrammen
- Entsendung von Delegationen

① Aus der Pressemitteilung der

GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT **BEZIRKSVERBAND FRANKFURT AM MAIN** vom 12.10.77

Der Bezirksvorstand (BVo) der GEW Ffm hat im September den Beschluß gefaßt, eine Delegation zu R.Havemann und R.Bahro zu entsenden sowie zur Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, mit dem Ziel, die Freilassung von Bahro aus der Haft und die Aufhebung des Hausarrests von Havemann zu erreichen.

In der Zwischenzeit haben - wohl veranlaßt durch die Verbreitung des Beschlusses durch dpa und verschiedene Tageszeitungen - Gremien und Einzelpersonen die Frankfurter Initiative begrüßt und ähnliche Erklärungen abgegeben:

der Asta der Techn. Hochschule Darmstadt;

der Asta der Justus Liebig Universität Gießen;

in Berlin sammelten GEW-Kollegen und SPD-Mitglieder spontan zahlreiche Unterschriften unter die Frankfurter Resolution (Neben anderen SPD-Funktionsträgern unterschrieben dabei auch die Senatoren Klaus Riebschläger und Harry Ristock.)

der Bundesausschuß der Juso-Hochschulgruppen (Ein Vertreter wird sich der GEW -Delegation anschließen.)

Erfreut nehmen wir zur Kenntnis, daß der Wissenschaftler und Kollege R. Havemann inzwischen wenigstens wieder nach Ostberlin reisen kann. (Bericht der FR vom 5.10.77) Wir werten diese Entwicklung als einen Erfolg all derer, die sich für die Wiederherstellung seiner Bewegungsfreiheit öffentlich eingesetzt haben.

Wir begrüßen, daß die Forderungen nach Einhaltung grundlegender Menschenrechte, nach Verteidigung bzw. Verwirklichung der demokratischen Rechte und Freiheiten in beiden Teilen Deutschlands verstärkt erhoben werden, wie dies z.B. der Recklinghausener Schriftstellerkongreß am 9.10.77 getan hat. (Nach Meldungen der FR forderten dort u.a. G.Grass, H.Böll und Horst Ehmke in einem Brief an den Staatsratsvors. Honecker die sofortige Entlassung von Rudolf Bahro aus der Haft und gleichzeitig in der BRD die Verbeamtung der Lehrerin Silvia Gingold (DKP-Mitglied)-

Die Delegation des BV Ffm der GEW hat sich für heute, Mittwoch, den 12.10.77 bei der Ständigen Vertretung in Bonn angemeldet, um ihr den Beschluß der GEW Ffm zu übergeben und zu erläutern.

Robert Havemann ist von dem Wunsch der GEW Delegation, sich am Donnerstag, d. 13.10.77 mit ihm zu treffen, unterrichtet worden. Dabei wollen wir mit ihm beraten, wie die Forderung nach Freilassung von R. Bahro und den vielen anderen polit. Gefangenen am wirksamsten erhoben werden kann.

Zu diesem Vorgehen meinen wir:

Kleinliche Schikanen, willkürliche Verhaftungen, Todesschußanlagen und Menschenschacher über die Mauer hinweg auf der einen Seite; Berufsverbote und zunehmende Einschränkungen der Meinungs- und Organisationsfreiheit auf der anderen Seite bedingen einander und rechtfertigen sich gegenseitig.

Diese unheilvolle Gemeinsamkeit des geteilten Deutschlands kann nur durch den Ausdruck des gemeinsamen Interesses der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung an Demokratie und Sozialismus überwunden werden.

Dazu ist die freie Kommunikation und das gemeinsame Handeln von Demokraten und Sozialisten in beiden Teilen Deutschlands eine unerläßliche Voraussetzung.

(Rainer Georg)
Geschäftsführer



GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

BEZIRKSVERBAND FRANKFURT AM MAIN, BLEICHSTRASSE 38a

②

Freiheit für Robert Havemann und Rudolf Bahro

Sofort Delegation der GEW

Seit 9 Monaten steht Robert Havemann unter strengem Hausarrest und wird von seiner Umwelt völlig isoliert. Mitte August 1977 wurden die Polizeiposten vor seinem Haus noch verschärft : der Grund für den Hausarrest : er protestierte gegen die Ausweisung seines Freundes Wolf Biermann.

Vor 2 Wochen wurde Rudolf Bahro verhaftet. Sein "Verbrechen" : er hat das selbstverständliche Recht wahrgenommen, seine kritische Meinung in einem Buch zu veröffentlichen. Weil dies für ihn in der DDR nicht möglich war, hat Bahro sein Buch hier in einem Verlag der Gewerkschaften veröffentlicht.

Die vor wenigen Tagen aus der DDR gegen ihren Willen abgeschobenen Schriftsteller Jürgen Fuchs, Christian Kunert und Gerulf Pannach haben sich mit folgender Stellungnahme für Havemann und Bahro eingesetzt:

"Gleichzeitig sind wir in großer Sorge um unseren Freund und Genossen Robert Havemann, weil wir die Abscheulichkeit und die Absicht des Geheimapparates, der unser Land beherrscht und noch fester in den Griff bekommen möchte, unverhüllt kennengelernt haben und der Ansicht sind, daß sein Leben bedroht ist. Ganz besonders deshalb, weil Robert Havemann den gegen ihn und seine Familie gerichteten hektischen und brutalen Schikanen gelassen und kompromißlos entgegentritt und sich keinem Psychoterror beugen wird.

Das gleiche trifft unseres Erachtens für Rudolf Bahro zu, der sich jetzt dort befindet, woher wir kommen, und der in diesen Tagen ein äußerst bedeutungsvolles Buch im Westen veröffentlicht."

(FR vom 5.9.77)

Wir verurteilen diese Stasi-Methoden der völligen Unterdrückung jeglicher demokratischer Rechte und Freiheiten und der Diskreditierung der Ziele und Methoden der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung. Der Bezirksvorstand der GEW Frankfurt beschließt die Entsendung einer Delegation zu Havemann und Bahro, sowie zur Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, mit dem Ziel, die sofortige Freilassung aus der Haft und die Aufhebung des Hausarrestes zu erreichen.

Beschluß des Bezirksvorstandes vom 6.9.1977



3

Delegation der GEW bei der Ständigen Vertretung der DDR

Heute besuchte eine Delegation der GEW Frankfurt die Ständige Vertretung der DDR, um eine Protestresolution der GEW zu überbringen, in der die sofortige Freilassung von R. Bahro und die Aufhebung des Hausarrestes von R. Havemann gefordert wird. Die Delegation wurde vom 1. Sekretär der Ständigen Vertretung, Herrn Behnisch, im Vorraum empfangen. Herr Behnisch war durch ein Schreiben der GEW und durch Presseveröffentlichungen bereits über das Anliegen unterrichtet. Herr Behnisch hat auch nach einem Gespräch die Entgegennahme der Resolution und von Dokumenten mit der Begründung verweigert, es wäre eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR. Der 1. Sekretär sah sich bei dem Gespräch nicht in der Lage, zu den Fragen nach dem Schicksal von Havemann und Bahro Stellung zu nehmen. Ebenso weigerte er sich, gegenüber der Gewerkschaftsdelegation eine Stelle der DDR-Regierung oder DDR-Gewerkschaften zu nennen, an die sich die Gewerkschaften mit Fragen oder Forderungen zu diesen Problemen wenden könnten. Er wünschte vielmehr, daß die Gewerkschaftsvorstände unter Ausschluß der Fragen, die die demokratischen Rechte und Freiheiten in der DDR angehen, Gespräche und Kontakte auf höchster Ebene aufnehmen. Die GEW Delegation wies darauf hin, daß ihrer Einschätzung nach die Gewerkschaftsmitglieder in beiden Teilen Deutschlands an regelmäßigem Informationsaustausch, Kontakten, Besuchsmöglichkeiten usw. interessiert seien, daß von ihnen aber wohl kaum Vorbedingungen wie das Totschwiegen politischer Unterdrückung akzeptiert würden. Ebenso würde dies gegen das Grundsatzprogramm des DGB verstoßen, das den Kampf gegen politische Unterdrückung weltweit fordert. Die Gewerkschaftsdelegation wies darauf hin, daß die Stellungnahmen gegen Berufsverbote von Wissenschaftlern und Lehrern, die der DKP angehören, unglaublich würden, wenn man zu Fällen politischer Unterdrückung in der DDR - wie bei Bahro und Havemann - schweige. Zudem seien die Gewerkschaften hier direkt betroffen, denn zahlreiche Schriften von Havemann und das Buch von Bahro, dessen Veröffentlichung zur Verhaftung führte, sind in Gewerkschaftsverlagen erschienen.

-5-

Die GEW-Delegation hat die Weigerung des 1. Sekretärs, die Resolution entgegenzunehmen, nicht hingenommen, sondern hat die Resolution mit einem erläuternden Begleitschreiben versehen in der Ständigen Vertretung der DDR hinterlassen.

Von diesem Ergebnis der Delegation haben die GEW-Vorstandsmitglieder auch den JUSO-Bundesvorstand und den SPD-Parteivorstand unterrichtet.

(4)

Linke Kritik an SED-Technokraten

Die Reaktion kam schnell und konsequent: Rudolf Bahro, der sein Buch „Die Alternative – zur Kritik des real existierenden Sozialismus“ im Spiegel, im ARD- und ZDF-Fernsehen vorstellte, wurde in Ostberlin verhaftet. Die Kritik des überzeugten Marxisten hat die Administration der DDR besonders getroffen.

„Leider gehören die regierenden kommunistischen Parteien Osteuropas heute zu den Mächten der Beharrung“, so lautet der Hauptvorwurf Bahros. Seiner Ansicht nach hat das in der DDR und den übrigen Ländern des Ostblocks praktizierte System nichts mit Sozialismus, nichts mit der Lehre von Karl Marx zu tun. Bahro hofft auf das soziale Potential, das sich im Prager Frühling abzeichnete und daß man „mit Gewalt wieder in die überkommene Zwangsjacke gesteckt hat“.

Sein Buch umfaßt drei Teile: Das Phänomen des nichtkapitalistischen Weges zur Industriegesellschaft, die Anatomie des real existierenden Sozialismus und zur Strategie einer kommunistischen Alternative. Bahro definiert sich als Marxist. In Stellungnahmen, die er noch vor seiner Verhaftung abgeben konnte, berief er sich auf die Initiatoren des Prager Frühlings.

Der Lebenslauf von Rudolf Bahro zeigt die Stationen auf, die die führende Funktionärschicht der DDR durchläuft: Geboren 1935 in Bad Flinsberg, von 1954 bis 1959 Philosophiestudium an der Berliner Humboldt-Universität, 1959 Parteiarbeit, Mitwirkung an der Vorkollektivierung der DDR-Landwirtschaft, 1960 bis 1962 Redakteur an einer Universitätszeitung, 1962 bis 1965 Mitarbeit beim Zentralvorstand der Gewerkschaft Wissenschaft in Berlin und schließlich 1965 bis 1967 stellvertretender Chefredakteur der DDR-Zeitschrift Forum. Seine Diszertation wurde Anfang 1977 trotz dreier

positiver Gutachten von der Technischen Hochschule Leuna-Merseburg abgelehnt, „da die wissenschaftlichen Voraussetzungen nicht vorliegen“.

Der Marxist Bahro, dem jetzt mit dem klassisch stalinistischen Vorwurf, er habe nachrichtendienstliche Tätigkeiten ausgeübt, der Prozeß gemacht werden soll, macht der DDR-Führung um so mehr Angst, als er sich als offener Propagandist eurokommunistischer

Zielvorstellungen versteht. Sein Selbstverständnis und sein auf die DDR-Bürokratie und SED-Parteiführung konzentrierter Angriff macht ihn um so gefährlicher. Inzwischen hat ein hoher SED-Funktionär im „Spiegel“ diese Angriffe als „Pfeffer in offene Wunden“ bezeichnet. Wobei dieser anonym bleibende Kritiker aus den Reihen der SED Bahro sogar noch attestiert, er schone die Parteibürokratie an ihrer verwundbarsten Stelle, da er sich „als utopischer Kommunist ganz im orthodoxen Marxismus-Leninismus“ bewege.

„Die Alternative“ erscheint in der Europäischen Verlagsanstalt – einem Verlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Bahro hat sich nicht zum politischen Gegner begeben. Er hat sich dort artikuliert, wo es noch die Freiheit gibt, seine Gedanken auszudrücken.

MICHAEL OPOCZYNSKI

GUS:

Der Sozialdemokrat,
Oktober 1977

Die Alternative

Bahros gefährliche Systemkritik aus der DDR

Am 23. August 1977 nahm der Staatssicherheitsdienst der DDR Rudolf Bahro fest. Er wurde in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Rummelsburg eingeliefert. Der Vorwand: Verdacht auf nachrichtendienstliche Tätigkeit. Der wirkliche Grund: Bahros Buchveröffentlichung „Die Alternative.“ Zur Kritik des real existierenden Sozialismus“, die jetzt in der Europäischen Verlagsanstalt, Köln/Frankfurt a. M.* erschienen ist.

• • •

Mit offenem Visier gegen die Herrschaft des Apparats

Und mit offenem Visier ist Rudolf Bahro zum Kampf wider die Apparatherrschaft im Ostblock dann tatsächlich angetreten. Von vornherein war klar, daß sein Buch im Westen unter seinem Namen erscheinen sollte. Darüber hinaus gab er kurz vor seiner Verhaftung Journalisten aus der Bundesrepublik Interviews, in denen er couragiert Stellung bezog: gegen die Praxis politbürokratischer Diktatur und für eine Gesellschaftsordnung, in der „die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (Karl Marx).

• • •

Kennzeichen des „real existierenden Sozialismus“

Genau dies, eine Bestandsaufnahme der derzeitigen „sozialistischen“ Praxis, ist dann Untersuchungsgegenstand des II. Teiles der Veröffentlichung: Die Anatomie des real existierenden Sozialismus. Dieses System ist Rudolf Bahro zufolge gekennzeichnet

- durch Fortdauer von Lohnarbeit, Warenproduktion und Geld;
- durch die Rationalisierung der alten Arbeitsteilung;

- durch eine weit über das Spektrum der finanziellen Einkünfte hinausreichende Kultivierung der sozialen Ungleichheiten;
- durch offizielle Korporationen (Verbände und Institutionen) zur Einordnung und Bevormundung der Bevölkerung;
- durch Liquidierung statt Bewahrung und Verwirklichung der in der bürgerlichen Ära von den Massen eroberten Freiheiten;
- durch hauptamtliche Funktionsärkader stehende Armee und Polizei, die alle nur nach oben verantwortlich sind;
- durch die Verdoppelung der unförmigen Staatsmaschine in einen Staats- und einen Parteiapparat.

Aus diesen Fakten zieht Bahro den Schluß, „daß die sowjetische und osteuropäische Gesellschaft unvereinbar mit den marxistischen Zielvorstellungen ist“. Kritisiert wird von ihm insbesondere, daß hier ein System der Unterdrückung und Ausbeutung errichtet wurde, das keine Hoffnung läßt für allgemeine Emanzipation.

• • •

Nicht nur Revolutionäre brauchen langen Atem, sondern erst recht sozialistische Demokraten, die dasselbe Ziel haben wie Bahro, aber eine realistischere Strategie verfolgen.

Diese Einwände ändern jedoch nichts an der Tatsache, daß Rudolf Bahro mit seinem Buch „Die Alternative“ eine Veröffentlichung vorgelegt hat, die zu den wichtigsten politischen Büchern der letzten Jahrzehnte zählt. Man muß sich mit ihm auseinandersetzen, hat ihn ernst zu nehmen. Sein Buch hat Gewicht, es wird der bislang eher dürftigen Theoriediskussion den längst fälligen Auftrieb geben. Zu hoffen ist: in Ost und West.

Und noch eins: Rudolf Bahro bedarf unserer Unterstützung. Die Proteste gegen seine Verhaftung müssen andauern, bis er wieder freigelassen wird.

ghy



GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT

BEZIRKSVERBAND FRANKFURT AM MAIN, BLEICHSTRASSE 38a

PRESSEERKLÄRUNG

GEWERKSCHAFTSDELEGATION BEI EINREISE NACH OSTBERLIN BEHINDERT -
DDR-INNENMINISTERIUM ERKLÄRT: KEINE BESCHRÄNKUNG FÜR HAVEMANN.

Am Donnerstag den 13.10.77 reiste eine Delegation aus Vertretern der GEW Frankfurt und der JUSO-Hochschulgruppen nach Ostberlin, um beim Innenministerium die Bedingungen eines Besuches bei Robert Havemann und Rudolf Bahro zu klären und beiden den Beschluß der GEW Ffm und der Jusohochschulgruppen, dem sich inzwischen eine Reihe von Funktionärsträgern aus GEW und SPD angeschlossen haben (vgl. Pressemitteilung vom 12.10.), zu überbringen.

Die DDR-Behörden reagierten offensichtlich beunruhigt auf die Ankündigung des Besuchs einer Gewerkschaftsdelegation durch Presseveröffentlichungen und das Gespräch vom Vortag mit dem 1. Sekretär der Bonner Vertretung der DDR. Am Grenzübergang wurde ein GEW-Vertreter eine Stunde lang festgehalten; trotz ordnungsgemäßer Erledigung aller Einreiseformalitäten und -bedingungen wurde ihm dann ohne nähere Begründung die Einreise verweigert. Gegen diese willkürliche Behandlung von Gewerkschaftsbeauftragten protestierte die Delegation beim DDR-Innenministerium.

Die Delegation erläuterte im DDR-Innenministerium ihre Forderung nach Freizügigkeit für Havemann und Freilassung von Bahro. Nach Auskunft von Vertretern des Ministeriums wurde darüber längere Zeit beraten.

Der Delegation wurde mitgeteilt, daß Robert Havemann nicht unter Hausarrest stehe und er unter denselben Bedingungen besucht werden könne, wie andere Bürger der DDR und Ostberlins auch. Rudolf Bahro könne nach Genehmigung durch die Staatsanwaltschaft im Untersuchungsgefängnis besucht werden.

Die Delegation von Vertretern der GEW und der JUSO-Hochschulgruppen betrachtet diese Auskunft aus dem Innenministerium als einen ersten Erfolg des Engagements ihrer Organisationen und des Beschlusses, eine Delegation zu entsenden. Weitere Beschlüsse und Aktivitäten von Einzelgewerkschaften und Gliederungen des DGB und soweit es die JUSO-Hochschulgruppen angeht, der SPD zur Entsendung von Delegationen sind jetzt notwendig, um die Freizügigkeit für Robert Havemann zu sichern und die Freilassung von Rudolf Bahro zu erreichen.

Bekanntlich ist Robert Havemann z.Zt. durch die vorausgegangenen Drangsalierungen schwer erkrankt und bedarf der Solidarität der Arbeiterorganisationen in der Bundesrepublik, ebenso wie Rudolf Bahro, über dessen Schicksal seit seiner Verhaftung am 23.8.77 nichts mehr bekannt ist.

Wir dürfen nicht eher Ruhe geben bis Havemann und Bahro völlig frei sind.

Für die gemeinsame Delegation

Geschäftsführer der GEW Frankfurt

GEORG

V.i.S.d.PR:

Rainer Georg, 1.10.77

Geschäftsführer der Gewerkschaften der
Vereinigten Sozialistischen Jugend Deutschlands (VSDJ)